

UMWELTZERSTÖRUNG UND KLIMAKRISE: WIRTSCHAFT MUSS TEIL DER LÖSUNG SEIN

HINTERGRUND

Mit großer Geschwindigkeit verschärfen sich Klimakrise, Umweltzerstörung und Biodiversitätsverlust. Parallel stehen wir vor enormen gesellschaftlichen Herausforderungen: Hunger- und Finanzmarktkrisen, tausende Tote im Mittelmeer, unsichere Jobs und Sozialabbau, der Aufstieg reaktionärer und rechter Kräfte. Gleichzeitig beobachten wir eine wachsende soziale Ungleichheit und Spaltung der Gesellschaft. Die schlechten Nachrichten erscheinen als einzelne Bausteine - doch sie stehen in einem direkten Zusammenhang. Denn die sozialen und ökologischen Krisen haben einen gemeinsamen Nenner: Ihnen zugrunde liegt ein hochgradig destruktives Wirtschaftssystem, das Raubbau betreibt an der Natur und somit an den Lebensgrundlagen aller. Es untergräbt die soziale und ökologische Daseinsvorsorge und mindert die demokratischen Einflussmöglichkeiten in Politik und Arbeitswelt.

Deswegen ist es Zeit, dass zusammengedacht wird, was zusammengehört: Klima- und Naturschutz können nicht im nötigen Maße gelingen, solange nicht in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Wurzel der Umweltzerstörung gesehen wird. Deshalb gilt es, diese Rahmenbedingungen zu analysieren und Änderungen zu fordern.

Aktuell stehen politische Entscheidungen an, die genau dieser Analyse und Einmischung bedürfen: Ob es um die Aushandlung des European Green Deal, die Festlegung der Politik auf Klimaschutzmaßnahmen oder die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geht, eins ist klar: Es braucht Politikmaßnahmen, die eine dringend notwendige Transformation im Sinne eines guten Lebens für alle einleiten. Fest steht, dass unsere Wirtschaft dabei Teil der Lösung sein muss.

DAS MÄRCHEN VOM GRÜNEN WACHSTUM

Seit einigen Jahrzehnten wird Wirtschaftswachstum, gemessen im Bruttoinlandsprodukt (BIP), zunehmend als wichtigster Indikator für steigenden Wohlstand und gesellschaftliches Wohlergehen herangezogen. Während dieser Jahrzehnte wurden weltweit biophysische Grenzen überschritten. Das bedeutet irreversible Schäden für die Biosphäre und die Zukunft der Menschheit. Anstatt aber das Paradigma von unendlichem Wachstum auf einem endlichen Planeten durch einen wirklich nachhaltigen Ansatz zu ersetzen, wurde es uminterpretiert in „grünes Wachstum“. Der wachsende Wohlstand gemessen in BIP sollte ungebremst voranschreiten, während die Belastungen der Umwelt zeitgleich reduziert werden würden.

Das Zauberwort, das die Umweltprobleme lösen soll, heißt Entkopplung: Die Wirtschaft kann weiterwachsen, während der Ressourcenverbrauch durch technologische Innovationen und Effizienzsteigerung abnimmt und die negativen Umweltauswirkungen zurückgehen. Dabei wird unterschieden zwischen relativer und absoluter Entkopplung:

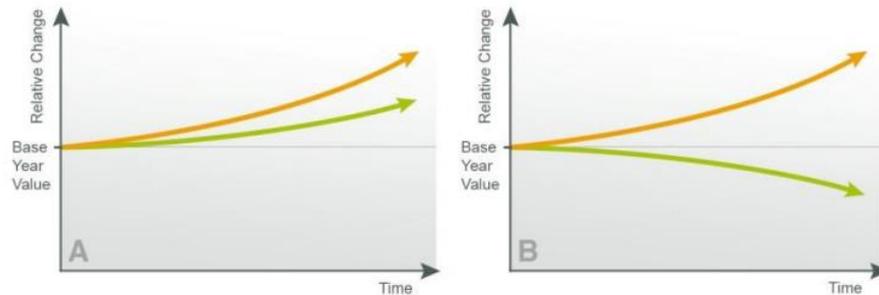
- **Relative Entkopplung** bedeutet, dass die Wirtschaft schneller wächst als der Ressourcenverbrauch ansteigt. Die Wirtschaft wird ressourceneffizienter, die Gesamtmenge an verbrauchten Ressourcen steigt aber weiter an.
- **Absolute Entkopplung** bedeutet, dass der Ressourcenverbrauch im Vergleich zum mittleren Jahreswert konstant bleibt oder sogar sinkt, während die Wirtschaft wächst. Das wäre der Fall, wenn die Ressourceneffizienz mehr wächst als das Wirtschaftswachstum.

Gross Domestic Product (GDP)
Resource Use / Environmental Impacts
Wellbeing

Conventional Decoupling

Relative Decoupling

Absolute Decoupling



Quelle: Ecologic Institute (2013). Decoupling concepts: <https://dynamix-project.eu/key-concepts.html>

Was vielversprechend klingen mag, hat einen Haken. Denn obwohl Entkopplung sinnvoll und notwendig ist, zeigt ein [Bericht des Europäischen Umweltbüros \(EEB\)](#), dass eine tatsächlich wirkungsvolle Entkopplung weder in der Vergangenheit je stattgefunden hat, noch in der Zukunft zu erwarten ist. Die umfangreiche Analyse von rund 100 wissenschaftlichen Studien zeigt eindeutig, dass der Ressourcenverbrauch durch das Prinzip der Entkopplung nicht annähernd umfangreich und ausreichend schnell gesenkt werden kann, um der Klimakrise und der weltweiten Umweltzerstörung effektiv zu begegnen. Effizienz alleine ist dann wirkungslos, wenn größere bzw. mehr Produkte die vorherigen Einsparungseffekte auffressen – dann spricht man vom sogenannten Rebound Effekt.

Das Ergebnis des Reports ist, dass das 1.5 °C Ziel des Pariser Klimaabkommens mit Entkopplung alleine nicht erreicht werden kann.

Aber was kann eine Alternative zu grünem Wachstum sein? Wie können gleichzeitig die Lebensqualität aller verbessert werden und Natur und Umwelt geschützt – ja, sogar wiederhergestellt werden?

EFFIZIENZSTEIGERUNG NUR ALS TEIL EINER SUFFIZIENZ-STRATEGIE

Der Bericht des EEB kommt zu dem klaren Ergebnis, dass Effizienzsteigerung nur als Teil einer übergeordneten Suffizienz-Strategie den Ressourcenverbrauch senken kann. Suffizienz steht für ein Begrenzen und Reduzieren des Material- und Energieverbrauchs.

Um die Verantwortung für Suffizienzhandeln jedoch nicht auf der individuellen Ebene zu verorten, ist es entscheidend, Suffizienz durch ordnungspolitische Maßnahmen, Instrumente und Rahmenbedingungen zu ermöglichen und zu bestärken. Effizienz ist dann sinnvoll, wenn sparsamere Autos entwickelt werden, die weniger CO₂ emittieren. Eine tatsächliche Emissionsreduktion kann aber nur dann erreicht werden, wenn gleichzeitig dieses sparsamere Auto nicht mehr gefahren wird oder doppelt so groß und schwer gebaut wird.

Ohne ordnungspolitische Maßnahmen, Instrumente und Rahmenbedingungen, die auf Suffizienz abzielen, wird dieses Vorhaben jedoch scheitern. Grundlage dafür müsste es sein, dem Brut-



toinlandsprodukt, dem derzeitigen Maß für Wohlstand, andere Indikatoren gegenüber zu stellen. Diese müssten soziale, ökologische und qualitative Merkmale unseres Wohlstands erfassen. Z.B. Lebensqualität, Gesundheit, Verteilung von Reichtum, Bildung, Wahrung der planetaren Grenzen.

Parallel dazu müssten Investitionen in den Auf- und Ausbau jener Infrastrukturen fließen, die suffiziente Lebensstile erleichtern. Im Verkehrssektor z.B. müsste parallel zur Effizienzsteigerung verstärkt der öffentliche Verkehr gefördert sowie Fahrradwege ausgebaut und sicherer werden - auf diese Art wird es attraktiver, das Auto stehen zu lassen. Neben dem Sektor Verkehr müssen auch in den Bereichen Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Energie, Industrie und Landwirtschaft tiefgreifende Veränderungen im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation erfolgen.

WIRTSCHAFT MUSS DER GESELLSCHAFT DIENEN – NICHT UMGEKEHRT

„Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“ heißt es in Art. 151 der Bayerischen Verfassung. Und im Grundgesetz wird die **soziale Verpflichtung des Eigentums** betont. Wirtschaft darf kein Selbstzweck sein, sondern soll der Gesellschaft und dem Gemeinwohl dienen. Ohne staatliche Regulierung und ohne demokratische Kontrolle der Produktion in zentralen Sektoren werden die ökologischen Grenzen jedoch nicht einhaltbar sein. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat dies erkannt und ihr exekutiver Vizepräsident Valdis Dombrovski soll „**Arbeiten für die Wirtschaft im Dienste der Menschen koordinieren**“.

Die Umweltverbände haben durch ihr Engagement für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen einen selbsterklärenden Bezug zu Gemeingütern und Gemeinwohl: die natürlichen Lebensgrundlagen. Das beinhaltet u.a. gesunde Ökosysteme, saubere Luft, reine Gewässer, gesunde Böden, ein intaktes Klima. Die Ausrichtung an Gemeingütern und Gemeinwohl können innerhalb der Debatten um eine sozial-ökologische Transformation die dringend notwendige Brücke schlagen, wenn soziale Frage und ökologische Frage gegeneinander ausgespielt werden.

GEMEINGÜTER UND GEMEINWOHL – DAS BEISPIEL GAP

Innerhalb der Europäischen Union wird derzeit über Reformen verhandelt, die die Weichen für die politische Ausgestaltung Europas in den folgenden Jahren stellen werden. Der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) nach 2020 legt die sektorbezogenen Ausgabenprogramme der EU für Politikbereiche wie z.B. Forschung, Außenpolitik und Landwirtschaft fest. Die Gelder für die Gemeinsame Agrarpolitik, kurz GAP, machen rund 40 Prozent des gesamten EU-Budgets aus und beinhalten – werden sie richtig eingesetzt - ein enormes transformatives Potential.

Anhand der Diskussion um die Ausgestaltung der GAP lässt sich gut veranschaulichen, wie sich wirtschaftliche Machtinteressen negativ auf das Gemeinwohl auswirken, wie landwirtschaftliche Betriebe unter dem Motto „wachse oder weiche“ leiden und wie zentral Eigentumsfragen in dieser Hinsicht sind:

Jedes Jahr verteilt die EU 60 Milliarden Euro an die Landwirtschaft. Der Löwenanteil dieser Agrarsubventionen wird per Direktzahlungen an Großgrundbesitzer*innen bezahlt - unabhängig davon, ob der Betrieb zukunftsfähig wirtschaftet oder nicht.

Daher lautet eine der Hauptforderungen von Seiten der Verbände seit vielen Jahren: Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen! Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU sollte in ihrer neuen Laufzeit ab 2021 zukunftsfähige Betriebe belohnen, in denen Biodiversitätsschutz und wirkungsvolle Tier- und Naturschutzmaßnahmen zur guten landwirtschaftlichen Praxis gehören. Damit würden sie darin unterstützt, unsere Gewässer sauber zu halten, die Böden - Grundlage allen terrestrischen Lebens - zu schützen und für eine lebendige, vielfältige und somit resiliente Kulturlandschaft für alle zu sorgen. Auf der anderen Seite würde ein Anreiz für nicht nachhaltige Landwirtschaftsbetriebe geschaffen, ihr Wirtschaften auf mehr Umwelt-, Klima- und Tierschutz umzustellen.



Die Vergabe öffentlicher Gelder sollte von schädlichen Industrien weggelenkt werden und zugunsten von Umweltschutz, Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit im Sinne eines wirkungsvollen Europäischen Green Deal erfolgen. Zudem sollten umweltschädliche Subventionen abgeschafft werden.

Der Fokus für die Vergabe öffentlicher Gelder muss demnach auf der Frage liegen: Profitieren wenige sehr stark von der Steuerpolitik oder dient sie dem Gemeinwohl?

EIN BESSERES LEBEN FÜR ALLE, STATT IMMER MEHR REICHTUM FÜR WENIGE

Das Ziel, ein besseres Leben für alle, statt immer mehr Reichtum für wenige zu schaffen, lässt sich nur durch eine grundlegende Transformation der Wirtschaft erreichen. Aktuell nehmen soziale Ungleichheit und Verteilungsungerechtigkeit weltweit zu, während der Verbrauch an Natur und die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen voranschreitet. Dass die Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum nicht funktioniert, lässt nur eine Schlussfolgerung zu:

Wohlstand und Lebensqualität müssen langfristig vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden.

Reframing Decoupling

Absolute Decoupling of Resource Use from Wellbeing



Quelle: Ecologic Institute (2013). Decoupling concepts

Für mehr Informationen siehe auch den [Schlussbericht](#) der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“.

DER EUROPEAN GREEN DEAL

EU Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat erkannt, vor welchen Herausforderungen Europa steht und verspricht in ihrem [Europäischen Green Deal](#) (EGD) u.A., dass Europa bis 2050 klimaneutral wird. Dafür fordert sie einen fairen Wandel, eine *just transition*, bei der niemand zurückgelassen wird. Wenn es um die Frage nach dem *Wie* geht, werden die Antworten widersprüchlich:



One-in-one-out-Regel

Einerseits wird die Umstrukturierung von Industrie und Wirtschaft gefordert – zukunftsfähig sollen sie sein. Und obwohl eine ausreichend tiefgreifende Transformation nicht ohne eine Stärkung der Ordnungspolitik funktionieren wird, soll der EGD umgesetzt werden durch eine „[One in, one out](#)“-Regel. Als Instrument für Bürokratieabbau und Bürokratiebremse schöneredet, ordnet die Regel die politische Entscheidungsfindung einer monetären Regel zu Gunsten der Wirtschaft unter. Für entstehende Lasten bei neuen Gesetzgebungen soll die Wirtschaft an anderer Stelle entlastet werden. Der Nutzen für die Gesellschaft oder für die Gesundheit der Bevölkerung geht nicht in die Berechnung ein. Solch eine starre Regel würde die Fähigkeit der neuen Kommission bedrohen, den Herausforderungen im Klima-, und Umweltschutz sowie im Sozial- und Arbeitsrecht mit neuen, ambitionierten Gesetzesvorhaben entgegen zu wirken. Denn Entscheidungsfindung muss evidenzbasiert erfolgen und öffentliche Interessen und die öffentlichen Güter in den Mittelpunkt stellen. Eine undifferenzierte „One in, one out“-Regel opfert die politische Gestaltung einzig der Kostenfrage, bremst den für den Klimaschutz dringend erforderlichen Transformationsprozess und führt in ihrer Starrheit zu einem Demokratiedefizit.

Mit dieser Logik bleibt der neoliberale Kern der EU-Politik unangetastet und lässt große Zweifel aufkommen an der Umsetzbarkeit der sonst im Ansatz richtig formulierten Ziele.

Alle Hoffnungen auf technische Innovationen und Digitalisierung?

Der Fokus im EGD auf technische Innovationen, die unsere Probleme lösen werden, erscheint unter Berücksichtigung des Ressourcen- und Energieverbrauchs im Digitalisierungssektor naiv. Im umfangreichen [Gutachten](#) des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltfolgen (WBGU) aus 2019 kommt das Beratungsgremium der Bundesregierung zu dem Schluss: „Im Großen wirken Digitalisierungsprozesse heute eher als Brandbeschleuniger bestehender nicht nachhaltiger Trends, also der Übernutzung natürlicher Ressourcen und wachsender sozialer Ungleichheit in vielen Ländern.“ Lösungen für diese Probleme liegen in staatlicher Gestaltung, greifen bislang allerdings viel zu kurz und hinken in vielen Fällen hinter den Entwicklungen neuer Technologien hinterher. Die bereits stark verfestigten [Machtstrukturen](#) auf den internationalen Märkten mit Monopolbildungen innerhalb der Branche erschweren die Regulierung zusätzlich.

Anstelle des reinen Fokus auf technische Innovationen sollten [soziale Innovationen](#) in den Vordergrund gerückt werden. Hierbei handelt es sich um den Prozess der Entstehung, Durchsetzung und Verbreitung von neuen sozialen Praktiken in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen. Die Vorteile von sozialen Innovationen werden darin gesehen, dass sie häufig effektiver, effizienter und nachhaltiger sind und dem Gemeinwohl zu dienen. Beispiele sind die Einführung der Sozialversicherung (1880er Jahre) oder der Aufbau und die Verbreitung des Fairen Handels (seit 1940er Jahren). Die Stärke, die in sozialen Innovationen liegt, findet im EGD keine Erwähnung.

Wirtschaftswachstum soll es richten

Hier liegt wohl der problematischste Ansatz des EGD: Die notwendigen Investitionen in eine sozial-ökologische Transformation verbleiben in ihrer Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum. Mit diesem Narrativ unterstützt der European Green Deal ein System, in dem Stabilität und Beschäftigung weiterhin in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zum Wirtschaftswachstum stehen – und verkennet, dass diese Abhängigkeit die Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation behindert, ja sogar die Ursache vieler Krisen ist. Dass man Probleme niemals mit derselben Denkweise lösen kann, durch die sie entstanden sind, wusste schon Albert Einstein. Um Klimakrise und Umwelterstörung sowie sozialer Ungleichheit also wirkungsvoll begegnen zu können, müssen Stabilität und Lebensqualität vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) entkoppelt werden.

FORDERUNGEN DER UMWELTVERBÄNDE

Mehr Ordnungsrecht!

In einer gemeinsamen [Pressemitteilung](#) vom 20.09.2019 kritisieren DNR, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Campact, ClientEarth, Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch,



Greenpeace, NABU, Naturfreunde, Umweltinstitut München und WWF das Fehlen ordnungsrechtlicher Maßnahmen im Klimaschutzpaket der Bundesregierung: „Statt eines intelligenten Mix aus Ordnungsrecht, Anreizen und eines wirkungsvollen CO₂-Preises ist vor allem ein Sammelsurium teurer Anreizprogramme beschlossen worden“.

Im Vorrang, den marktbasierende Instrumente wie der geplante Emissionshandel genießen, sehen die Klima- und Umweltschutzverbände - auch unter Berücksichtigung des zu niedrigen CO₂-Preises - ein Scheitern. Die Anhebung auf 25 Euro ist zwar gut, bleibt aber weiterhin ohne Lenkungswirkung. Die Erreichung der Ziele aus dem Pariser Abkommen rücken somit in unerreichbare Ferne. Damit beschneidet sich die Bundesregierung in ihrer eigenen Handlungsfähigkeit dramatisch. In Deutschland sind insbesondere CDU und CSU aufgefordert, sich auf ihre ordnungsrechtlichen Erfolge zu besinnen und zukunftsfähige Politik jenseits von dominierenden Marktinteressen voran zu bringen.

Forderungen für Europa

Um den Übergang in eine lebenswerte Postwachstumsgesellschaft sozial gerecht und unter Berücksichtigung der planetaren Grenzen zu gestalten, hat das [EEB Vorschläge](#) verfasst, wie im europäischen Kontext erste Schritte aussehen müssten:

1. Um wirkliche Veränderung zu erreichen, müssen die politischen Prioritäten der europäischen Wirtschaftspolitik weggelenkt werden von Wachstum und Stabilität hin zu gesellschaftlichem Wohlergehen und Nachhaltigkeit. Dafür müssten an Stelle von Wirtschaftswachstum andere Indikatoren etabliert werden, die Wohlstand messen, z.B. Zufriedenheit, Gleichberechtigung, Gesundheit, Qualität von Arbeit, ökologischer Fußabdruck und der Zustand der Ökosysteme.
2. Im Zuge dessen müsste die Steuerpolitik so reformiert werden, dass nachhaltiges Handeln gestärkt und schädliche Wirtschaftspraktiken abgebaut werden. Zwei Vorschläge sind eine wirkungsvolle CO₂-Steuer (mindestens 100€ pro Tonne) und ein robuster und sozial verträglicher steuerlicher Grenzausgleich (Border Carbon Adjustment Tax).
3. Die Vergabe öffentlicher Gelder für umweltschädliche Subventionen sollte gestoppt werden und stattdessen für Umweltschutz, Klimaneutralität und sozialer Gerechtigkeit im Sinne eines wirkungsvollen Europäischen Green Deal erfolgen.
4. Die Wirtschaft der EU muss im „[Donut](#)“ (Raworth, Kate 2017) bleiben: Oberhalb sozialer Mindeststandards und innerhalb der planetaren Grenzen. Ein Vorschlag für eine sozial gerechte Ausgestaltung dieser Forderung ist die Einführung einer EU weiten CO₂-Kreditkarte, mit der alle Bürger*innen die gleichen Ansprüche haben und bei der man die Deckelung stetig in Richtung eines nachhaltigen CO₂-Fußabdrucks senken kann.
5. Die Sicherung der Beschäftigung innerhalb der EU muss sukzessive vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden, indem mehr arbeitsintensive Stellen im Sinne einer Kreislaufwirtschaft geschaffen werden. Vorhandene Arbeit muss besser verteilt werden, was wiederum zu mehr Zeitwohlstand bei jenen führt, die aktuell überlastet sind.
6. In einem neuen Gesellschaftsvertrag sollten EU-Bürger*innen die Möglichkeit haben, direkt an Entscheidungsverfahren beteiligt zu werden und so über mehr Mitbestimmung in demokratischen Prozessen die Konzentration wirtschaftlicher Macht zu reduzieren.



STECKBRIEF

Think sustainability first

Was in Punkt zwei und drei bereits anklingt, wird europaweit als Forderung einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure und Interessensgruppen vertreten. Sie fordern die Europäische Kommission auf, die nachhaltige Entwicklung in die Finanzierungsprioritäten und Entscheidungsmechanismen für den künftigen EU-Haushalt einzubeziehen. Ihre Empfehlungen wurden am 20. März 2019 an den Ersten Vizepräsidenten Timmermans, der auch in der letzten EU-Kommission mitwirkte, übergeben und erinnerten ihn daran, dass der EU-Haushalt letztendlich dem Wohlergehen der Menschen dienen sollte, anstatt von den EU-Mitgliedstaaten als Nullsummenspiel angesehen zu werden.

Fazit

Für die Einleitung einer sozial-ökologischen Transformation braucht es einen aktiven Staat, der gezielt in die Wirtschaft eingreift.

Es ist höchste Zeit, Beschäftigung, Stabilität und Frieden innerhalb der EU aus der Abhängigkeit von unendlichem Wirtschaftswachstum zu lösen. Die neue EU-Kommission unter Ursula von der Leyen steht vor der großen Herausforderung und einzigartigen Chance, die Weichen zu stellen für ein sozial gerechtes Europa innerhalb der planetaren Grenzen.